A3

Antrag

Initiator*innen: Barbara Christian (KV Hochsauerland)

Titel: **Änderungen Wahlproramm**

Antragstext

In das Kapitel über Klimaschutz sollte noch ein Absatz zum Thema:

Menschen im HSK vor extremer Hitze schützen

Auch im HSK heizen sich Städte und der ländliche Bereich immer mehr auf - mit weitreichenden Auswirkungen auf die Gesundheit insbesondere von Babys, Kleinkindern und älteren Menschen. Es braucht Hitzeaktionspläne im HSK, die bei denjenigen ansetzen, die am stärksten gefährdet sind. Kühle Räume in öffentlichen Gebäuden, frei zugängliche Trinkwasserspender an öffentlichen Plätzen, preisgünstiger Zugang zu Schwimmbädern, schattige Bereiche auf Spielplätzen und Schulhöfen sind Maßnahmen, die Möglichkeiten zur Abkühlung bieten. Hitzekarten können den Bürger*innen Hinweise auf kühle Orte geben, Hitzetelefone können insbesondere ältere alleinlebende Menschen vor Hitzeperioden warnen.

Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Schulen und Kitas sowie andere öffentliche Gebäude brauchen die nötige Ausstattung, um der Hitze zu begegnen – z.B. mit Beschattung, Begrünung, Klimaanlagen.

Zeile 90: (Interkulturelle) Teilhabe… Begründung: Im nachfolgenden Text geht es um interkulturelle und inklusive Teilhabe

Zeile 191/ 192: Gleichstellung ist immer noch…. Unser Ziel: den Anteil von Frauen in der Politik und in gehobenen Leitungsfunktionen in der Verwaltung bis 2030 …. Wir wollen uns einbringen bei der Organisation eines parteiübergreifenden Gleichstellungsarbeitskreises aller demokratischen Parteien zur Stärkung weiblicher politischer Teilhabe.

Zeile 195 -200: … Frauenhausplätzen und Beratungsangeboten. Dazu gehören auch die strukturelle Förderung präventiver Angebote Täterarbeit, geschlechtssensible Jugendprojekte und Gewaltprävention an Schulen.

Darüber hinaus fordern wir eine gendersensible Stadtplanung, die die unterschiedlichen Bedürfnisse aller berücksichtigen. Sichere Wege, eine verbesserte Beleuchtung und mehr öffentliche saubere und barrierefreie Toiletten sind nur einige Aspekte in diesem Kontext.

Begründung: In der Verwaltung arbeiten sehr viele Frauen. Hier sollte es um Frauen in gehobenen Leitungsfunktionen gehen – Dezernentinnen z.B. Wirtschaft sollten wir streichen, es sei denn, grüne Politiker*innen hätten die Möglichkeit an Stellenbesetzungen mitzuwirken.

Begründung

Steht bereits im Text